

Gedanken zum Karfreitag

Von Professor Dr. Walter Schmithals

Das Kreuz Jesu ist, an und für sich betrachtet, ein banales Ereignis. Keiner wird es deshalb in dem Sinn, den das Bekenntnis des Glaubens ihm zuerkennt, verstehen, der es distanziert betrachtet, statt es in seinem eigenen Leben aufzurichten. Den Ort des menschlichen Lebens, an dem der Pfahl des Kreuzes eingegraben werden will, bezeichnen die Worte Schuld, Leiden und Tod.

Wie pflegt der Mensch mit seiner Schuld umzugehen?

Er pflegt sich zu entschuldigen. Schuld haben die anderen; Schuld haben die Verhältnisse; Schuld hat die Gesellschaft. Auch wenn der Mensch sich selbst schuldig weiß, versteht er sich lieber als Opfer denn als Täter der Schuld. Und wo Schuld unvermeidbar als eigene Schuld begegnet, pflegt der Mensch diese Schuld zu verdrängen. Er spricht nicht darüber, er läßt sie möglichst nicht in sein Herz aufsteigen. Denn ein schuldbeladenes Herz lähmt die Lebenskraft.

Aber Entschuldigung und Verdrängung täuschen den Menschen. Sie befreien ihn nicht von seiner Schuld. Deshalb bietet das Wort vom Kreuz Vergebung der Schuld an — vorbehaltlos, ausnahmslos, maßlos. Vergeben heißt nicht vergessen. Verggebung läßt den Menschen vielmehr ein, seine Schuld zu übernehmen, um sie loszuwerden. Verggebung tritt an die Stelle von Entschuldigung und Verdrängung. Nur Verggebung macht frei von Schuld.

Wie pflegt der Mensch mit seinem Leiden umzugehen?

Viele Menschen empfinden Leiden als Unrecht. Leiden benachteiligt. Sie sträuben sich gegen das Leid. Was habe ich getan, daß ich leiden muß? Warum muß gerade ich leiden? Die einen fressen ihr Leid in sich. Andere bemitleiden sich laut. Noch andere nehmen den Kampf gegen das Leiden auf; sie wollen das Leiden abschaffen. Aber genauso gut könnte man versuchen, den Tod abzuschaffen. Noch andere sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Das Wort vom Kreuz läßt den Menschen ein, sein Leid zu tragen. Es sagt: Leid trennt nicht von Gott. Es ermutigt jeden, sein eigenes Kreuz auf sich zu nehmen, und es mutet ihm zu, lieber Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun. Jesu Kreuz lehrt nicht, zu leiden ohne zu klagen, aber es lehrt die Leidenden, ihre Klage vor Gott zu bringen: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen! Wer mit

Jesu leidet, den führt noch das Leid der Gottverlassenheit zu Gott. Er läßt sich läutern durch das Leid, das ihm alles Vertrauen auf das Eigene nimmt und alle Hoffnung auf den richtet, der das Leid bis zur Neige ausgekostet hat. Er hört und versteht die Verheißung: Selig sind die Leidtragenden.

Wie pflegt der Mensch mit seinem Tod umzugehen?

Er pflegt den Tod zu verdrängen. Unsere Zeit macht es dem Menschen leicht, den Tod aus dem Leben hinauszudrängen. Sie verlegt ihn aus dem Alltag des Lebens in das Alter, in die Klinik, in die Geschäftigkeit der Beerdigungsinstitute, auf die ummauerten Friedhöfe. Der Tod begegnet in unserer Zeit als Störung, nicht als Teil des Lebens. Er redet nicht mehr zu den Lebenden, sie klug zu machen, sondern bringt sie nur noch zum Verstummen.

Das Wort vom Kreuz stellt die Lebenden dagegen so vor ihren Tod, daß sie mit ihm leben können. Es umfängt den Menschen mitten im Leben vom Tod und mitten im Tod vom Leben. Es sagt den Lebenden, daß mit ihrer Macht nichts getan ist, und den Sterbenden, daß der Tod nicht das letzte Wort hat.

Für Unbetroffene bleibt das Kreuz Jesu ein banales Ereignis. Sterbende, Leidende und Schuldige, die sich, wie der Apostel Paulus sagt, „mit Jesus kreuzigen lassen“, verstehen es als das Angebot ewiger Freiheit.

Nicht mit der Freiheitsidee vereinbar

Wie der französische Außenminister die Praxis des Radikalenerlasses in der Bundesrepublik sieht

Von unserem Korrespondenten

Paris, 8. April

Die französische Regierung kann sich auf kein Gesetz berufen, welches ihr erlaubt, von der Bonner Bundesregierung die Aufhebung des Radikalenerlasses („Berufsverbote“) zu verlangen. Dies erklärte Frankreichs Außenminister Cheysson am 2. April auf eine Anfrage des kommunistischen Senators Boucheny. Wie gestern berichtet, hatte der Senator die französische Regierung aufgefordert, sich für eine Streichung des Radikalenerlasses in West-Berlin einzusetzen. Der Vertrag der Alliierten Schutzmächte, die West-Berliner Verfassung und die von Frankreich unterzeichnete universelle Menschenrechteklärung aus dem Jahre 1948, so argumentierte der kommunistische Parlamentarier, duldeten keine „Berufsverbote“.

„Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn Kommunisten und Demokraten, Kämpfer des Friedens, wegen ihres Einsatzes die Entlassung riskieren, während ehemalige Nazis und Neo-Nazis weiterhin öffentliche Ämter ausüben und sogar in Gerichten sitzen, wo sie ohne zu zögern und in aller Ruhe Mörder

freisprechen, wie das im Düsseldorfer Maidanek-Prozess der Fall war — und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem in der Bundesrepublik Deutschland die faschistische Gefahr erneut aufkeimt; es handelt sich hierbei um eine echte Herausforderung an die Demokratie“, begründete der Kommunist Boucheny seine Anfrage an die Regierung.

Außenminister Cheysson antwortete unter anderem wie folgt: „Wir bestätigen einmal mehr gegenüber unseren deutschen Partnern, daß die hier im Senat erwähnten Praktiken, die im Gegensatz zu jenen stehen, die bei uns und in anderen europäischen Ländern Gültigkeit haben, eine große Gefühlsregung und Proteste gegen das auslösen, was zu Recht als Verstoß gegen die Freiheiten betrachtet wird. Was Berlin angeht, so möchte ich aber einige rechtliche Grundsätze in Erinnerung rufen.“

Wir müssen sehen, in welchen Grenzen wir unsere Befugnisse und unsere Meinungsfreiheit ausüben können. Gewiß, der Alliierte Rat hat alle Machtbefugnisse in Berlin. Wir haben jedoch freiwillig der West-Berliner Bevölkerung das Recht auf Selbstverwaltung zuerkannt. Das ergibt sich aus der Verfassung von

1950, welche von den Alliierten gebilligt worden ist. Etwas später haben die drei Alliierten in einer formellen Erklärung zum 5. Mai 1955 beschlossen, daß sie in West-Berlin ihre Machtbefugnisse, die ihnen auch weiterhin voll und ganz gehören, nur noch auf fünf Gebieten benutzen wollen: Abrüstung, Finanzhaushalt für die Besatzungstruppen, Sicherheit dieser Truppen, die Beziehungen mit dem Ausland und der Polizei, soweit die Sicherheit betroffen ist. Wir haben also die Ausübung unserer Machtbefugnisse selbst eingeschränkt.

Sie können feststellen, daß wir uns im Rahmen dieser Einschränkung die Möglichkeit zum Eingreifen nicht vorbehalten haben, wenn die Berliner Behörden die legalen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder die in Berlin gültigen legalen Vorschriften anwenden. Es steht uns nicht zu, das Einverständnis zu geben oder unsere Ablehnung auszusprechen. Formell betrachtet sind sie frei, innerhalb dieses gesetzlichen, parlamentarischen und reglementarischen Rahmens, den sie sich gegeben haben, zu handeln.

Dies hält uns aber nicht davon ab, unsere Meinung zu sagen, und ich wiederhole es hier im Senat noch einmal, daß wir den Deutschen zu verstehen geben werden, daß die in unserem Lande von sehr zahlreichen Volkskräften kritisierte Praxis kaum mit der Idee vereinbar werden kann, die wir von der Freiheit haben.“ Der Schlußsatz ging im Beifall von kommunistischen und sozialistischen Senatoren unter.

Die Kommunistische Partei rechtfertigt ihre Initiative mit ihrer internationalen Solidarität mit ihren Gesinnungsfreunden in West-Berlin. Wenngleich es in Frankreich keinen Radikalenerlass bundesdeutscher Prägung gibt und kein Franzose wegen seiner Mitgliedschaft in einer zugelassenen Partei mit einem „Berufsverbot“ benachteiligt werden darf, so haben die französischen Kommunisten in den vergangenen 23 Jahren bürgerlich-konservativer Herrschaft doch hinnehmen müssen, daß Parteigenossen der Zugang zu Spitzenfunktionen im öffentlichen Dienst (einschließlich Rundfunk und Fernsehen) versperrt wurde.

Es versteht sich daher von selbst, daß die Kommunistische Partei ihre Präsenz in der Regierung (vier Ministerämter) dazu ausnutzt, Parteifreunden den Zugang zu wichtigen Ämtern zu ermöglichen. Präsident Mitterrand und der sozialistische Premierminister Mauroy wachen aber streng darüber, daß die kommunistischen Spitzenbeamten von Sozialisten kontrolliert werden. Sie wollen so eine kommunistische Unterwanderung des Staatsapparates verhindern.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der französischen sozialistischen Partei hatte François Mitterrand vor einigen Jahren ein „Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland“ gegründet und so seine Unzufriedenheit über die „Berufsverbote“ im Nachbarland dokumentiert. Seine Partei war jedoch gestern nicht in der Lage, eine Bilanz über die Aktion dieses Komitees zu präsentieren.

Informierte Kreise in Paris vermag dies nicht zu überraschen. Das Thema „Berufsverbot“ hatte in der Vergangenheit stets das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Schmidt und den französischen Sozialisten getrübt. In seiner Eigenschaft als Staatspräsident hat Mitterrand aber kein Interesse an der Fortsetzung dieses Streites mit der Bundesregierung. Uwe Karsten Petersen

Diplomatische Wege werden nicht ausgeklammert

Breite Zustimmung im britischen Unterhaus zur Festlegung einer Kriegszone um die Falkland-Inseln

Von unserem Korrespondenten

London, 8. April

Unter stürmischem Beifall von Abgeordneten aller Parteien erklärte der konservative Verteidigungsminister John Nott am Mittwoch kurz vor 22 Uhr im überfüllten Unterhaus, daß die 200 Meilen rund um die von Argentinien gewaltsam besetzten britischen Falkland-Inseln von Montag an Kriegszone sein werden, in der Großbritannien für sich das Recht beansprucht, alle Schiffe der argentinischen Kriegsmarine zu versenken. „Die Argentinier waren die ersten, die bewaffnete Macht gebrauchten“, erklärte Nott. „Die Falkland-Inseln werden jetzt illegal von Ausländern mit Militärgewalt regiert. Dies ist eine Situation, die nicht einen einzigen Tag länger geduldet werden kann als absolut notwendig ist. Die erste Aktion unserer Marine wird sein, die Argentinier daran zu hindern, ihre Streitkräfte auf den Falkland-Inseln vom argentinischen Festland zu verstärken und zu versorgen. Alle argentinischen Schiffe, die ab Montag, vier Uhr morgens Greenwichtzeit, in der Kriegszone sind, werden als feindlich betrachtet und sind in Gefahr, von britischen Streitkräften angegriffen zu werden.“

Nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums werden ab Montag mehrere von Kernkraft betriebene britische Unterseeboote innerhalb der 200-Meilen-Kriegszone rund um die Falkland-Inseln sein. Die große Streitkraft der britischen Kriegsmarine wird erst in etwa zwei Wochen ankommen. In der Zwischenzeit senden britische Fernsichtteams an Bord der Flugzeugträger dramatische Fernseh-Aufzeichnungen und Berichte nach London und führen so einen Nervenkrieg gegen Argentinien.

Notts Erklärung der Kriegszone am späten Abend war der dramatische Höhepunkt der zweiten langen Krisen-debatte des Unterhaus-

ses binnen fünf Tagen. Sieben Stunden vor dieser Erklärung eröffnete Francis Pym die Debatte mit seiner ersten Rede als Außenminister, in der er laute Zustimmung von Abgeordneten aller Parteien erhielt, als er sagte: „Großbritannien beschwichtigt keine Diktatoren!“ Pym bezeichnete das argentinische Regime als eine unpopuläre, moralisch bankrotte, brutale Diktatur, mit einer Inflation von 140 Prozent im Jahr, berüchtigt wegen ihrer Verachtung aller Menschenrechte.

Um diplomatische Verhandlungen mit Argentinien überhaupt zu ermöglichen, sprach Pym nicht von der britischen Souveränität über die Falkland-Inseln, sondern nur davon, den Falkland-Inseln wieder eine britische Verwaltung zu geben. Im Unterschied zwischen „Souveränität“ und „Verwaltung“ besteht die einzige Möglichkeit einer Lösung ohne Krieg — denn die britische Regierung weiß genau, daß das argentinische Regime den Gesichtsverlust eines Rückzugs ohne durch deren Besetzung etwas erreicht zu haben, nicht einen Tag lang überleben könnte.

Die Labour Party beabsichtigt, aus der Falkland-Krise so viel politisches Kapital wie möglich zu schlagen. Deshalb unterstützt die von Michael Foot geführte „offizielle“ Labour Party die Entsendung der Kriegsmarine. Er steht damit in völligem Gegensatz zum linksextremen ehemaligen Labour-Kabinettsminister Anthony Wedgwood Benn und einigen seiner Anhänger unter den Labour-Abgeordneten, die gegen die Entsendung der Kriegsmarine sind. Die „offizielle“ Labour Party weiß, daß ihre Opposition gegen die Kriegsmarine bei den britischen Wählern ungeheuer schaden könnte.

Im Namen der von Foot geführten „offiziellen“ Labour Party nahm der ehemalige Premierminister Callaghan Frau Thatcher in ein scharfes Kreuzverhör. Er forderte genau das,

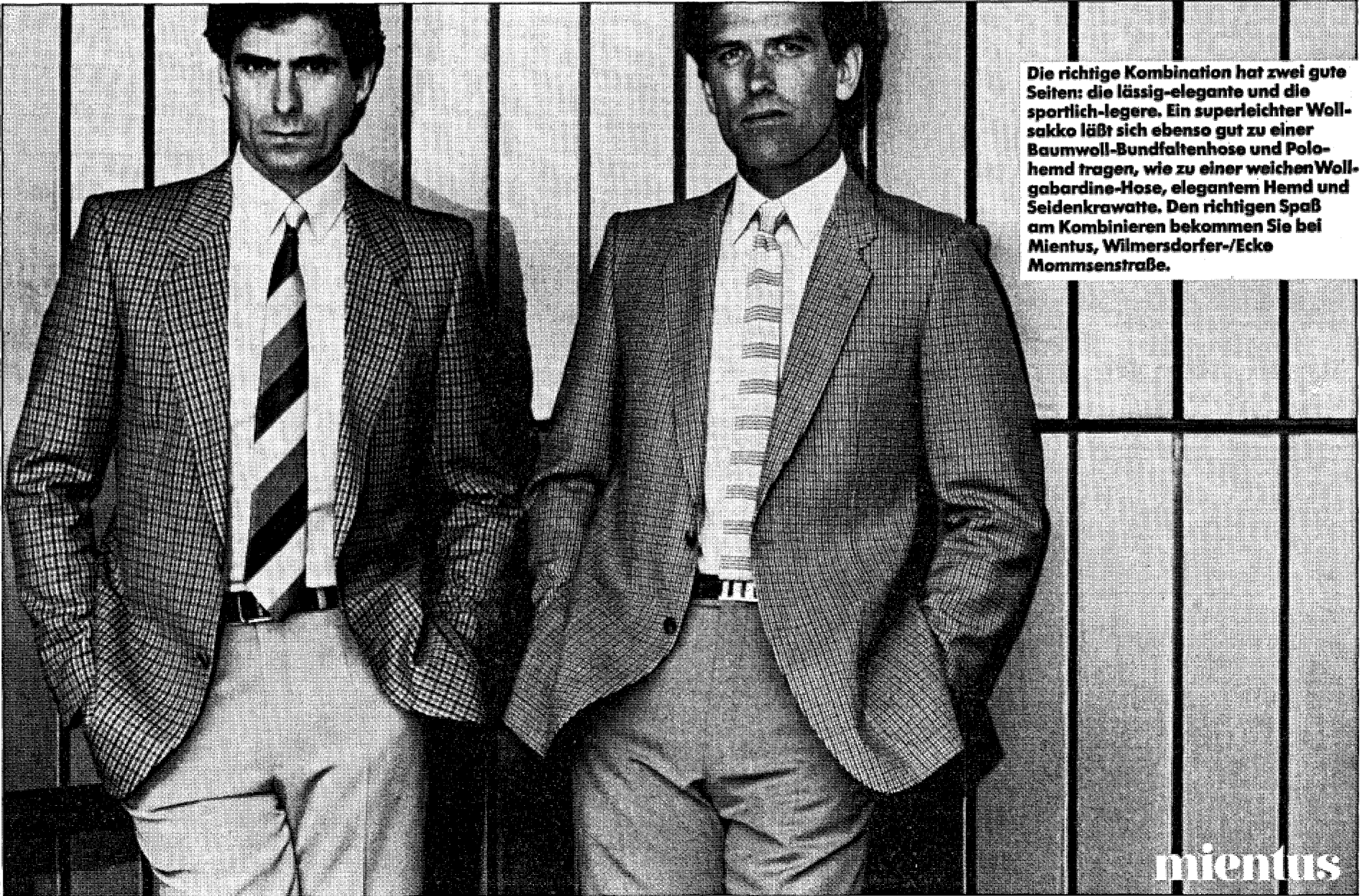
was die konservative Regierung jetzt am wenigsten will: eine genaue offizielle Definition des Unterschiedes zwischen „Souveränität“ und „Verwaltung“. Im Verlauf der Debatte machte sich Callaghan zum patriotischen Anwalt der Insel-Bewohner, die in Gefahr seien, von der konservativen Regierung mit dem Wort „Verwaltung“ an die Argentinier ausgeliefert zu werden, weil die konservative Regierung es vorziehen könnte, die argentinische Diktatur zu beschwichtigen anstatt zu kämpfen. „Die Premierministerin soll hier und jetzt sagen, ob die Regierung die britische Souveränität „fordert“, rief Callaghan. Darauf antwortete Frau Thatcher, die britische Souveränität der Falkland-Inseln bestehe weiter — so wie ununterbrochen seit 1833. „Ich betrachte die Falkland-Inseln als noch immer britisch“, sagte sie, und fügte auf die Frage nach einer möglichen Pacht der Inseln hinzu, daß die Wünsche der Falkland-Bewohner respektiert werden müssen. Offensichtlich hofft die Regierung, daß die 1800 Insel-Bewohner einen Krieg vermeiden wollen.

Im Gegensatz zur Mehrheit der Labour Party forderte Anthony Wedgwood Benn den sofortigen kampflosen Rückzug der Kriegsmarine. In einer erregten Rede forderte er für die Falkland-Inseln eine von UNO-Friedenstruppen garantierte lokale Verwaltung. Obwohl die Falkland-Krise sogar zum Sturz der konservativen Regierung führen könnte, sind die meisten Labour-Abgeordneten überzeugt, daß die Labour Party in dieser Krise die Rolle britischer Patrioten spielen muß, die der britischen Regierung nicht in den Rücken fallen. Wahrscheinlich kann die Labour Party an dieser Krise nur gewinnen und nichts verlieren — doch nur, wenn sie sich „patriotisch“ benimmt — unter Umständen konservativer als die Konservativen. Edwin Roth

Schöner Tod — schöner Krieg

„Um eines hohen Zieles willen ist auch der Heldentod schön; denn er bejahet und rühmt das Leben angesichts des Todes. Ein Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist schön!“

Zitat aus „Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten“, Militärverlag der DDR, Berlin 1979.



Die richtige Kombination hat zwei gute Seiten: die lässig-elegante und die sportlich-legere. Ein superleichter Woll-sakko läßt sich ebenso gut zu einer Baumwoll-Bundfaltenhose und Polo-hemd tragen, wie zu einer weichen Woll-gabardine-Hose, elegantem Hemd und Seidenkrawatte. Den richtigen Spaß am Kombinieren bekommen Sie bei Mientus, Wilmersdorfer-/Ecke Mommsenstraße.

mientus

MIENTUS, BERLIN'S GROSSTES SPEZIALHAUS FÜR HERRENKLEIDUNG. KUNDENPARKPLATZ, EINFAHRT MOMMSENSTRASSE.